

# RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

47. Stadtverordnetenversammlung vom 7. Mai 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 4/08

► Schulessen ► Garagen ► Postfilialerhalt

## Kostenloses Schulessen – Nein Danke ...



Das sagte auch die Familienpartei in der Abstimmung zu dem Linksfraktionsantrag, mit dem erreicht werden sollte, dass alle sozial bedürftigen Kinder ein kostenloses Schulessen erhalten können. In Potsdam gelten 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen als arm. Deshalb warb Hans-Jürgen Scharfenberg nachdrücklich um Zustimmung für den Antrag der LINKEN, dass allen 2.200 Leistungsempfängern, deren Bedürftigkeit ja nicht ernsthaft in Frage gestellt werden kann, den Anspruch auf ein kostenloses Schulessen zusteht. Ergänzend dazu kann für andere soziale Härtefälle, z. B. Alleinerziehende oder so genannte Aufstocker, über einen Schulsozialfonds die kostenlose Teilnahme am Schulessen ermöglicht werden.

Die StVV hätte hier für ein kleines Stück sozialer Gerechtigkeit sorgen können. Doch die Mehrheit hat sich anders entschieden. Dies obwohl bereits Mitte 2007 grundsätzlich beschlossen worden war, kostenloses Schulessen für Bedürftige zum Schuljahr 2008/2009 in unserer Stadt einzuführen. SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Bürger-Bündnis und auch die „Familien“partei folgten nunmehr dem Antrag der Verwaltung, dass das Schulessen für Bedürftige einen Euro kosten soll (Was nichts kostet ist nichts wert – so ein CDU-Abgeordneter), wer bedürftiger sei, könne Schulessen kostenlos erhalten, die Entscheidung darüber sollen die Schulleiter treffen. Auf welcher Grundlage bleibt verborgen. Aus Sicht von Hans-Jürgen Scharfenberg ist dies ist „nicht händelbar; zudem rechtlich angreifbar, denn eigentlich kann jeder aus diesem Kreis den Anspruch erheben, das Essen kostenlos zu erhalten“.

Hinter dem Verwaltungsvorschlag verbirgt sich vielmehr ein diskriminierendes Auswahlverfahren und ein enormer Verwaltungsaufwand. Während beim Vorschlag der LINKEN jedes Kind, das oben benanntem Kreis zugehört, berechtigt wäre, muss nun beantragt und dann entschieden werden. Das ist keine Neuerung zum bisherigen Verfahren, denn schon jetzt kann das Schulessen auf Antrag kostenlos gewährt werden.

Im Übrigen offenbart sich bei diesem Thema wieder einmal, dass das Wort des Oberbürgermeisters von Potsdam nichts wert ist.

Die Zustimmung der LINKEN zum Haushalt 2007 erkaufte er sich mit dem Versprechen, das kostenlose Schulessen ab dem Schuljahr 2008/2009 in Potsdam einzuführen. Seinerzeit gab es noch Unklarheiten, ob dieses kommunale Angebot auf den Hartz-IV-Regelsatz angerechnet werden muss, deshalb vertraute die LINKE dem OB. Als im Dezember 2007 diese Hürde ausgeräumt war, jubelte der OB in seiner Presseerklärung vom 06.12.2007: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Bundesgesetzgebung künftig einer kostenlosen Schulessenausgabe an Kinder aus bedürftigen Familien nicht mehr im Wege steht. Damit können wir auch in Potsdam dafür sorgen, dass allen Kindern, deren Familien sich das Essengeld nicht leisten können, eine warme Mahlzeit in der Schule angeboten wird. Das kostet natürlich zusätzliches Geld, das im Haushalt eingestellt werden muss. Ich bin aber der Meinung, dass dieses Geld, mit dem wir die wirklich bedürftigen Familien in der Stadt unterstützen, gut und richtig angelegt ist“.

Nach der Ablehnung des entsprechenden Linksfraktionsantrags in der Sitzung der StVV am 07. Mai 2008 ist es ganz offensichtlich, dass Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, recht damit hat, wenn er dem OB entgegenhält, dass er offensichtlich längst vergessen hat, welche Erfahrungen er als Sozialarbeiter, Jugendamtsleiter und als Sozialbeigeordneter einst sammelte. Deshalb, so Scharfenberg, sollte sich Jann Jakobs ab und zu mal an den sozialen Brennpunkten diese Stadt aufhalten und nicht nur die angenehmen Termine wahrnehmen.

► Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

einmal mehr mussten wir in der Mai-Sitzung erkennen, dass soziale Gerechtigkeit in Potsdam noch lange keine Selbstverständlichkeit ist. Trotz anderslautender Verlautbarungen des Oberbürgermeisters noch im Dezember 2007 lehnten er und eine knappe Mehrheit der StVV die Einführung von kostenlosem Schules-

sen für die bedürftigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Potsdam ab. Stattdessen soll es für diese nunmehr eine



warme Mahlzeit für einen Euro oder in Ausnahmefällen auch ein kostenloses Essen geben. Die Argumente, die auch dazu führten, dass sich ausgerechnet die beiden Stadtverordneten der Familienpartei in namentlicher Abstimmung gegen unsere Forderung aussprachen, sind so banal wie selbstbetrügerisch. „Zu teuer“, „was nichts kostet ist nichts wert“, „da es keine Specktonne mehr gibt, wandert das kostenlose Essen dann gleich auf den Müll“, uns. usw. Zudem lehnte es die Mehrheit ab, dass sich der OB im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg für die Einführung eines Sozialtickets einsetzen soll. Damit wurde wieder einmal eine Chance vertan. Sie können aber sicher sein, dass meine Fraktion weiter dafür streiten wird.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,  
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im Mai  
von Dieter Scharlock**

Als ich vor ca. drei Jahren für die damalige PDS in die Stadtverordnetenversammlung Potsdam nachrücken durfte, hatte ich nicht vermutet, dass eine der Voraussetzungen für dieses Engagement ein langer Atem ist. Zum Beispiel beim Thema Sicherung von Garagenstandorten. Immer wieder setzen wir dies – meist gegen den Widerstand der anderen Fraktionen – auf die Tagesordnung. Für die meisten anderen sind die Garagenkomplexe zwar auch interessant, vor allem aber in Bezug auf eine möglichst teure Verwertung der Grundstücke; auf Kosten derer, die zu DDR-Zeiten mit Erlaubnis der Behörden in oft mühseliger Feierabendarbeit auf Ödland oder Schutthalden ihre Garagen errichten durften und brav dafür ihre Pacht entrichteten.

Nun geht das Thema in die nächste Runde: Neben dem sachlich arbeitenden Potsdamer Garagenbeirat, in dem die meisten Potsdamer Garagenkomplexe ihre Vertreter delegiert hatten, ist nun ein Arbeitskreis Garagen gebildet worden: bestehend aus Vertretern eben dieses Beirates, aus je einem Vertreter von Fraktionen, der Stadtverwaltung und den Eigentümern von Grund und Boden in Potsdam. Dieser Arbeitskreis, der auf Vorschlag der SPD-Fraktion gebildet wurde (nach dem alten DDR-Motto: wenn ich mal nicht weiter weiß, bild ich nen Arbeitskreis – der Beirat war der SPD wohl zu linkslastig) kam am 21.04.2008 zur Konstituierung zusammen. Wer fehlte – natürlich ein Vertreter der SPD-Fraktion. Und auch ein Vertreter der PRO Potsdam GmbH, die schon vorher eine Mitarbeit abgelehnt hatte. Ziel des Arbeitskreises ist, den Beteiligten beratend bei hoffentlich einvernehmlichen Lösungen zur Seite zu stehen. Unser Ziel als LINKE ist klar, möglichst viele Garagenkomplexe zu erhalten. Sollten diese einer städtebaulichen Entwicklung im Wege stehen, sind wir dagegen, dass als einzige Alternative ein Abriss beschlossen wird – deshalb suchen wir nach anderen Lösungen.

*Der Autor ist Mitglied im AK Garagenstandort Konzept*

### **Versöhnungszentrum**

Die Stadt Potsdam tritt der am 23. Juni 2008 zu gründenden „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ bei. Die Stadtverordneten folgten bei mehrheitlicher Enthaltung und einigen Gegenstimmen der Linksfraktion dieser Verwaltungsvorlage. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte zuvor einen von seiner Fraktion eingebrachten und von der Mehrheit der StVV angenommenen „Begleitbeschluss“ begründet, wonach die Stadt sich finanziell am Bau der Kirche nicht beteiligen darf, die Kirche sich auf den Wiederaufbau des Turmes konzentriere, eindeutig der Versöhnungsgedanke und der antifaschistische Widerstand in ganzer Breite in den Mittelpunkt gestellt werden müssen, man sich der Nagelkreuzbewegung verbunden fühlen müsse und der Eingriff in den öffentlichen Straßenraum auf das geringste Maß beschränkt werden soll. Dieser Begleitbeschluss trug dem jahrelangen Diskussionsprozess in der LINKEN Rechnung, die dem Wiederaufbau der Kirche – vor allem wegen deren Geschichte – ablehnend gegenüber stand, was Uwe Gunold, DIE LINKE, noch einmal hervorhob, indem er meinte, dass dies einzig eine Angelegenheit der Kirche sei und die Stadt sich raushalten solle.

### **Verkehrsumbau**

Der OB muss dafür Sorge tragen, dass im Zusammenhang mit den bevorstehenden Arbeiten zur Umsetzung der neuen Verkehrslösung in der Potsdamer Mitte die Einschränkungen für die Verkehrsteilnehmer auf das zwingend notwendige Maß begrenzt werden.

### **Friedhofserhaltung**

Der Antrag der LINKEN, wonach der OB beauftragt werden soll, den Zustand des denkmalgeschützten Friedhofs in der Michendorfer Chaussee auch seines zivilen Teils nachhaltig zu verbessern wurde angenommen.

### **Fahrradboxen**

An geeigneten Bahnhöfen und Haltestellen im Stadtgebiet ist nun auf Antrag der LINKEN die Einrichtung von sicheren Fahrradmöglichkeiten zu prüfen.

### **Mehr Geld**

Auf Antrag der LINKEN muss sich der OB in Gesprächen mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Bundesministerium für Arbeit dafür einsetzen, dass eine Anhebung der Regelsätze für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII erfolgt. Im Juni 2008 soll über das Gesprächsergebnis berichtet werden.

### **Gesunde Kinder**

Im Juli 2008 muss der OB auf Antrag der LINKEN einen Zwischenbericht über den Fortgang zum Aufbau eines Netzwerkes „Gesunde Kinder“ in Potsdam vorlegen.

### **Neue Ortsteile**

Auf Antrag der LINKEN muss der OB bis September 2008 prüfen, wie die neuen Ortsteile möglichst zu den entsprechenden Tarifen in die Strom- und Gasversorgung durch die EWP einbezogen werden können.

### **Lärmschutz**

Nicht, wie in manchen Medien zu lesen, von der SPD, sondern von der LINKEN beantragt, muss der Bau einer Lärmschutzwand an der Nuthe-Schnell-Straße nunmehr in den Lärmschutzplan der Stadt Potsdam für den Zeitraum bis 2012 aufgenommen werden.

### **Nutzungsentgelte**

Der OB muss auf Antrag der LINKEN dem Arbeitskreis Garagenstandortkonzept bei seiner konstituierenden Sitzung eine Übersicht zur Höhe der aktuellen Mieten bzw. Nutzungsentgelte für die Garagen auf den vom KIS und von der Pro Potsdam GmbH betriebenen Garagenstandorte sowie deren Grundstückswert vorlegen.

### **Garagenkonzept**

Zum Erstaunen des OB und gegen den Willen der Mehrheit der SPD fand der Antrag der LINKEN, den OB bei der Erarbeitung eines Garagenstandortkonzeptes an Bedingungen zu binden, eine knappe Mehrheit der StVV. Nun darf bis zum Zeitpunkt zu dem der Arbeitskreis Garagenstandortkonzept Empfehlungen zu den einzelnen Komplexen erarbeitet, keine Entscheidung zur Zukunft der Komplexe getroffen werden. Die Pro Potsdam muss eine Zuarbeit zum Konzept leisten und im September 2008 sind die Stadtverordneten über das Ergebnis zu informieren.

### **Die Post muss bleiben**

Auf Antrag der LINKEN und der SPD muss sich der OB dafür engagieren, dass die Postfiliale am Bahnhof Babelsberg erhalten bleibt. Dazu sollen Vertreter der Deutschen Post AG in die nächste Hauptausschusssitzung eingeladen werden, so Hans-Jürgen Scharfenberg. Weiterhin soll es auf Antrag der LINKEN in diesem Gespräch um Nutzungs- und Verwertungsabsichten für das Gebäude der ehemaligen Postfiliale Am Stern gehen.

### **Fernverkehr**

Uwe Gunold verwies auf Pläne der Deutschen Bahn, im Zusammenhang mit ihrem Börsengang zahlreiche Städte Ostdeutschlands vom Fernverkehr abkoppeln zu wollen. Dies ist der Hintergrund des Antrags der LINKEN, die Deutsche Bahn AG aufzufordern, die Anbindung der Landeshauptstadt an den Fernverkehr zu erhalten und auszubauen, dem die Mehrheit der StVV folgte. Der OB muss im Juni 2008 über das Ergebnis der Gespräche im Hauptausschuss informieren.

## () Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Eine Kooperationsvereinbarung zwischen Schulamt, Schulverwaltungsamt und Frühförderberatungseinrichtungen liegt noch nicht vor, beantwortete die zuständige Beigeordnete die Frage von Jana Schulze, DIE LINKE.

()

Sollte der Tierschutzverein Spendengelder, die explizit für den Bau eines neuen Tierheimes übergeben wurden, zweckentfremdet verwendet haben, bestünde der Straftatbestand der unzumutbaren Verwendung dieser Gelder, so sie nicht an die Stadt zurückgegeben werden, sagte der OB auf die Frage von Hella Drohla, auf welche rechtliche Grundlage sich die Rückforderung der Stadt gegenüber dem Tierschutzverein stützt. Auf den Hinweis von Hella Drohla, dass die angedrohte Rückforderung von Spendengeldern zum Konkurs des Vereins führen könnte, wollte sich die Verwaltung nicht „moralisch kommen lassen“. Im Übrigen sei seinerzeit die Rückführung derartiger Gelder im Betreibervertrag geregelt worden. Auf Nachfrage von Brigitte Oldenburg, ob diese Gelder, so sie zurückgegeben werden müssten, tatsächlich für den Neubau eines Tierheimes verwendet würden, meinte die Sozialbeigeordnete, dass sie sich nicht gerne wiederhole, da sie bereits mehrfach gesagt habe, dass sich der Bau eines neuen Tierheimes in der europaweiten Ausschreibung befände. Alles weitere würde man dann mitteilen.

()

Wieviel die neue- außerhalb des bisher beschlossenen B-Plan-Gebietes zu bauende neue Tiefgaragenzu- und abfahrt für den Landtagsneubau kosten werde, beantwortete die Baubeigeordnete nicht, sagte vielmehr auf die entsprechende Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, dass dies sowieso der Bauherr, also das Land zahlen müsse. Im Übrigen sei eine Veränderung des B-Planes nicht nötig, so von Quick-Frenz auf Nachfrage von Karin Schröter, DIE LINKE.

()

Die erneute Sanierung der Wattstraße sei nötig, so die Baubeigeordnete in Richtung Brigitte Oldenburg, da im Jahr 1991/1992 nur ein Teil der Trinkwasserleitung erneuert worden war, jetzt die Fahrgasse, der Schmutzwasserkanal und die Erneuerung der Nebenanlagen, wie Gehwege, Schutzstreifen, Lampen etc. anstünden.

()

Es sei noch verfrüht über Verpflichtungen zu reden, die die Stadt im Zusammenhang mit einem möglichen Abschluss einer Klimaschutzvereinbarung zwischen der Stadt und der Wohnungswirtschaft übernehmen würde, so die zuständige Beigeordnete auf die Frage von Siegmund Krause, DIE LINKE. Eine solche Vereinbarung hatte der OB auf seinem diesjährigen Neujahrsempfang angeboten.

()

In Potsdam können Eltern benachteiligter Kinder Zuschüsse zur Förderung von Ferienlagerfahrten beantragen, Einrichtungen nicht. Bisher wurden 17 Anträge gestellt, 8 bewilligt, 5 abgelehnt, die anderen seien noch nicht entschieden, so die zuständige Beigeordnete auf die Frage von Jana Schulze.

()

An einem Konzept „Ehrenamt in Potsdam“ werde gearbeitet, so die Beigeordnete auf die Frage von Jana Schulze. Die Koordinierung für die Erarbeitung des Konzepts habe „Sekiz“ e. V. übernommen. Im 4. Quartal 2008 könne man mit dem Konzept rechnen. Die Stadt bringe sich ein, habe aber die Koordinierung dem Sekiz übertragen, stellte die Beigeordnete auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg klar. Man wolle damit verhindern, dass ein Wettbewerb entbrenne, wer wohl das Ehrenamt am besten anerkennt.

()

Die StVV hatte auf Antrag der LINKEN beschlossen, einen für fahrgastschwache Zeiten billigeren Einzelfahrausweis (Schwerlastticket) einzuführen, um auf den Rückgang der Fahrgastzahlen mit Einzelfahrausweis zu reagieren. Dieter Scharlock fragte nun nach, warum dieser Beschluss beim Fahrplanwechsel nicht umgesetzt wurde. Der Bürgermeister korrigierte, dass dies sehr wohl geschehen sei, in dem „spezielle Angebote“ eingeführt wurden, so z. B. für Schüler das VBB-Freizeitticket, ein Ticket für die Sommerferien und die Erhöhung der Altersgrenze für den ermäßigten Tarif auf 14 Jahre. Derzeit laufe beim VBB eine Marktanalyse, so dass man über das so genannte Schwerlastticket eventuell noch einmal im 4. Quartal 2008 reden könne. Dies irritierte den Fragesteller, zumal seinerzeit bei der Behandlung des Linksfraktionsantrags eine Abhängigkeit vom VBB verneint worden und demgegenüber dargestellt worden war, dass die Stadt autark sei in der Forderung nach Einführung eines solchen Tickets.

()

Laut Beschluss des Bundessozialgerichts vom 7.12.2007 sind alle anfallenden Kosten, die für die Fahrten zu den Argentinien entstehen, zu erstatten. Da dies in der PAGA noch nicht umfassend umgesetzt wird, fragte Sigrid Müller, DIE LINKE nach. Die zuständige Beigeordnete erläuterte, dass sie die Frage zum Anlass nehme, noch einmal alle Mitarbeiter der PAGA darauf hinzuweisen.

()

Welche Möglichkeiten die Stadt sehe, das traditionelle Lichterfest auch weiterhin zu unterstützen, wollte Karin Schröter wissen. Sie sehe derzeit keine, antwortete die

zuständige Beigeordnete, da sich erwiesen hat, dass die Ausgaben die Einnahmen weit übersteigen. Das Fest habe bereits 2007 nicht stattgefunden.

()

Laut Urteil des Bundessozialgerichts dürfen künftig Heizkostenanteile für Hartz-IV-Empfänger nur bis zu 6,22 EUR und nicht wie bisher 7,94 EUR betragen. Warum dies in Potsdam noch nicht angewendet wird, wollte Sigrid Müller wissen. Die Sozialbeigeordnete verwies auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung, da das Urteil in seiner Begründung noch nicht vorliege und man sich derzeit nach der Bundesgesetzgebung verhalte, also gesetzeskonform. Man warte derzeit noch ab, um dann ggf. zu reagieren.

()

Der Kulturausschuss werde über das Ergebnis der durchzuführenden Gespräche mit dem Betreiberverein des Jan-Bouman-Hauses in Bezug auf eine mögliche Übertragung der Immobilie durch die Stadt an den Trägerverein auf dem laufenden gehalten, sicherte die Kulturbeigeordnete Karin Schröter, DIE LINKE, zu. Gegenwärtig gehe man jedoch davon aus, dass der Verein nicht ausreichend finanzstark sei.

()

Da die durch die Verwaltung für das Frühjahr 2008 zugesicherten Bepflanzungen des neu erbauten Kreisels und der danebenliegenden Freizeitfläche in Groß Glienicke noch nicht begonnen haben, fragte Peter Kaminski, DIE LINKE, nach. Die Baubeigeordnete sicherte den Pflanzbeginn nunmehr für Herbst 2008 zu und versprach „dranzubleiben“.

()

Hans-Jürgen Scharfenberg befragte den OB, was dieser konkret unternommen habe, um eine Wohnungsbauförderung des Landes auch für Potsdam durchzusetzen. Hintergrund dieser Frage war, dass der Finanzminister des Landes jüngst geäußert hatte, dass es Potsdam gut genug gehe und keinen Förderbedarf habe. Jakobs reagierte scharf und meinte, er müsse sich vom Fragesteller keine Untätigkeit vorwerfen lassen. Bevor dieser das Thema entdeckt habe, habe er selbst schon Gespräche geführt, nur noch nicht mit den Landtagsabgeordneten. „Das mache ich auch noch!“, so Jakobs. Die Sache sei kompliziert, da das Land noch nicht begriffen habe, dass es nicht um eine Lex-Potsdam gehe.

()

Im Juni werden am Bahnhof Charlottenburg ergänzend zu den bisher aufgestellten noch ein paar ebenerdige Fahrradständer aufgestellt, so die Baubeigeordnete auf die entsprechende Frage von Ralf Jäkel, DIE LINKE.



## Zur Wiedervorlage

### Gewaltprävention an Schulen

Alexander Steinicke, DIE LINKE, begründete den Prüfauftrag der LINKEN an den OB, der in die Ausschüsse überwiesen wurde, wie und mit welchen organisatorischen und finanziellen Mitteln die Umsetzung des Leitfadens für Sicherheit und Gewaltprävention an Schulen organisiert werden kann.

### Umlandstraße 24

Die Ausschüsse prüfen nun den von Uwe Gunold, DIE LINKE, begründeten Antrag, den Verein Freundeskreis Umlandstraße 24 in Babelsberg in seinem Bemühen, das Objekt Umlandstraße 24 als Wohnprojekt und Kiez-Treff zu erhalten, zu unterstützen.

### Lärmschutz die 2.

Die LINKE will erreichen, so Ralf Jäkel, dass bei den nächsten anstehenden Reparaturarbeiten in der Zepelinstraße im Gleisbereich Flüsterasphalt anstelle der Schlackesteine eingebaut wird. Zudem soll bei den Arbeiten beachtet werden, dass die

Beeinträchtigung des Verkehrs auf ein unvermeidbares Minimum begrenzt wird.

### Behlerstraße

Bei der Vorbereitung des B-Planes für die Umgestaltung des Verkehrsraumes der Behlerstraße soll die mittelfristig realisierbare Option der kurzen Unterführung unter der Kreuzung mit der Berliner Straße gesichert werden, so Ralf Jäkel, der den entsprechenden – in die Ausschüsse überwiesenen Antrag der LINKEN begründete.

### Ehrenamtspass

Im vierten Anlauf will die LINKE erreichen, dass der OB einen Vorschlag zur Ausgestaltung des Ehrenamtspasses in der Landeshauptstadt vorlegt. Hans-Jürgen Scharfenberg verwies darauf, dass insbesondere aus dem Bereich des Sports eine solche Forderung immer wieder erhoben wird.

### Künstlerarbeitsbedingungen

Die LINKE will erreichen, so Karin Schröter, dass der OB in Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen dafür Sorge trägt, dass die Arbeits- und Lebensbedin-

gungen für bildende Künstler und Musiker geschaffen bzw. verbessert werden.

### Gaststätte im Kastellanhaus

Brigitte Oldenburg begründete den Antrag der LINKEN, dass sich der OB für die Wiedereröffnung des Kastellanhauses am Jagdschloss Stern als gastronomische Einrichtung einsetzt.

### Wohnungsbau

Potsdam wächst und muss sich trotzdem um diejenigen kümmern, die sich nicht selbst mit angemessenem Wohnraum auf einem Rendite orientierten Markt versorgen können. Deshalb will die LINKE erreichen, dass der OB in einen öffentlichen Exkurs mit wohnungspolitischen Akteuren zu Standards, Entwürfen, Konzepten und wohnungspolitischen Modellen auch für diese Bevölkerungsschichten tritt, um ein Wohnungsbaukonzept für Potsdam zu erarbeiten, so Rolf Kutzmutz.

### Bürgertreff Waldstadt II

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass der OB den Neubau eines Saales im Käthe-Kollwitz-Heim in der Waldstadt II mit den Möglichkeiten der Stadt unterstützt, um diesen künftig auch als Bürgertreff und für das OSZ II nutzen zu können. Entsprechende Diskussionen zur Einrichtung eines Bürgertreffs würden bereits seit den Kommunalwahlen 2003 geführt, Neues hätte sich zwischenzeitlich nicht ereignet, so Hans-Jürgen Scharfenberg, weshalb es an der Zeit sei, sich beispielsweise mit der AWO als Träger des Heimes in Verbindung zu setzen, um eine solche Mehrfachnutzung zu ermöglichen.

### Zuwendungsgarantien

Karin Schröter begründete den Antrag ihrer Fraktion, mit dem erreicht werden soll, dass der OB mit den freien Trägern der Kultur, die überregional und international beachtete, jährlich wiederkehrende Festivals veranstalten, Zielvereinbarungen abzuschließen, wonach die finanzielle Absicherung für mindestens jeweils zwei Jahre garantiert werden soll.

### Baustellenlogistik

Ob – wie von der LINKEN beantragt – bei anstehenden Straßenbaumaßnahmen in der Potsdamer Mitte mit den beteiligten Firmen eine Baustellenlogistik durchgesetzt wird, bei der jederzeit eine zweispurige Verkehrsführung über die Lange Brücke und in der Breiten Straße in beiden Richtungen abgesichert werden soll, beraten die Ausschüsse.



## Was – wann – wo

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr  
19. und 26. Mai 2008; 02.; 09. und 16. Juni 2008

### 49. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal, 04. Juni 2008, Beginn 13 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“

Club 91, Kastanienallee 22d, Potsdam West, 08. Juni 2008, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2008

Stadthaus, Raum 3.107, 13. bis 18. Juni 2008 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

13. Juni 2008:	14:00 Uhr	REWE-Markt, Zentrum Ost
	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
	14. Juni 2008:	09:00 Uhr
10:00 Uhr		Markt-Center, Breite Straße
10:00 Uhr		Marktplatz Kirchsteigfeld
10:00 Uhr		Stadtplatz, Am Schlaatz

### Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

am 20. Mai 2008 von 17.00 bis 18.00 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen), Voranmeldungen sind möglich unter:  
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam  
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119